Geschrieben von: Lorenz
Mittwoch, den 07. März 2012 um 10:04 Uhr

**"Vordergründiges Werben um das Vertrauen der Migrantenverbände"**

## Abschiebepraxis, Moscheenkontrollen - Verfassungsrichter werfen einen kritischen Blick auf Schünemanns Kurs in der Asylpolitik

**Hannover/Hameln (wbn). Auch in Hameln lässt Niedersachsens Innenminister Schünemann seine umstrittenen „verdachtsunabhängigen Moscheenkontrollen“ durchführen. Das beschäftigt in Verbindung mit der niedersächsischen Abschiebepraxis weiterhin die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, die nunmehr auch auf die Kritik der Bundesverfassungsrichter aus Karlsruhe hinweisen kann.**

Niedersachsen kommt nach Ansicht der integrationspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Silke Lesemann, mit seiner Ausländer- und Abschiebepolitik nicht aus den Negativschlagzeilen heraus. „Während Innenminister Schünemann in Hannover das neue Vertrauensverhältnis zwischen den islamischen Verbänden in Niedersachsen und den Behörden preist, rügt das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wiederholt die niedersächsische Abschiebepraxis. Das passt gar nicht zusammen“, sagte Lesemann in Hannover.

Fortsetzung von Seite 1

„Der Minister, der noch vor wenigen Jahren die verdachtsunabhängigen Moscheekontrollen verteidigte, wirbt nun vordergründig um Vertrauen bei den Migrantenverbänden. Solange aber das höchste deutsche Gericht die Praxis der Abschiebehaft in Niedersachsen immer wieder rügen muss, kann das nicht gelingen“, meinte Lesemann. Sie lobte die Kooperationsbereitschaft der muslimischen Verbände, sich an der Präventionspartnerschaft zu beteiligen.

„Diese Bereitschaft spricht für den Integrationswillen. Partnerschaftliche Zusammenarbeit setzt aber voraus, dass sie auf gleicher Augenhöhe und mit Respekt stattfindet.“ Die stellvertretende innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sigrid Leuschner, betonte: „Für uns steht fest, dass wir auf keinen Fall Denunziantentum fördern wollen und es nicht hinnehmen werden, dass Vorurteile gegenüber Menschen muslimischen Glaubens in unserer Gesellschaft verstärkt werden.“ Es sei problematisch, Radikalisierungsgefahren ausschließlich an der Religionszugehörigkeit von Menschen festzumachen. „Radikalisierung hat vor allem

gesellschaftliche und soziale Ursachen.“